

10.10.2009

Renten-Jobber aus „purer Not“

Gewerkschaften: Immer mehr Altersarmut in der Grafschaft



gn nordhorn. Rentner im Un-Ruhestand: Im Landkreis Grafschaft Bentheim müssen immer mehr Rentner arbeiten. Sie sind zum Jobben gezwungen, weil ihre Rente nicht reicht. Darauf haben die Dienstleistungsgewerkschaft „Verdi“ und die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) aufmerksam gemacht. Sie sprechen von einer „alarmierenden Entwicklung“ und nennen Fakten: In den vergangenen Jahren habe die Zahl der Rentner mit Mini-Jobs in der Grafschaft um rund 30 Prozent zugenommen.

Schon 2003 verdienten 1290 Rentner durch eine geringfügige Beschäftigung dazu. Vier Jahre später gab es bereits 1675 Renten-Jobber – und damit knapp 390 „Senioren-Arbeiter“ mehr. „Verdi“ und NGG berufen sich dabei auf Zahlen der Bundesagentur für Arbeit.

Um diese Entwicklung zu stoppen, fordern die beiden Gewerkschaften die schnelle Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 7,50 Euro pro Stunde. Dieser müsse dann jedoch rasch auf 9 Euro steigen. Nur der Mindestlohn könne künftigen Rentnern ausreichende Altersbezüge sichern.

„Wer als Rentner arbeitet, der macht das in der Regel nicht aus Spaß. Es ist meistens die pure Not, die ältere Menschen dazu zwingt. Sie sind auf den Job neben der Rente schlichtweg angewiesen“, sagt Bernhard Hemsing. Der Geschäftsführer der NGG-Region Osnabrück befürchtet, dass die Zahl der Senioren, die von ihrer Rente allein nicht mehr leben können, in den kommenden Jahren drastisch zunehmen werde. „Wer heute schon zu wenig verdient, um über die Runden zu kommen, für den ist das leere Portemonnaie im Alter vorprogrammiert“, so Hemsing. Die Lohnarmut von heute sei die Altersarmut von morgen.

„Das größte Problem dabei sind Dumpinglöhne. Mit einem viel zu niedrigen Einkommen lässt sich keine existenzsichernde Rente aufbauen. Von einer privaten Altersvorsorge ganz zu schweigen“, sagt Jürgen Humer. Der Geschäftsführer des „Verdi“-Bezirks Weser-Ems macht deutlich, dass Vollzeitbeschäftigte ein Einkommen benötigen, das ihnen später auch eine ausreichende Rente sichere. „Genau deshalb brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn“, erklärt Bernhard Hemsing.

Auch eine Mehrheit der Bevölkerung halte einen gesetzlichen Mindestlohn für erforderlich. Dies könne die neue schwarz-gelbe Bundesregierung nicht ignorieren. Der Mindestlohn müsse ganz oben auf der politischen Tagesordnung stehen. „Verdi“ und NGG fordern Beschäftigte mit einem Stundenlohn von unter sechs Euro auf, ihre Dumpinglöhne zu melden – per Internet unter: www.dumpinglohn.de.